

A4 Wehrpflicht nein danke! Freiwilligendienste strukturell stärken

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin
Beschlussdatum: 09.02.2026
Tagesordnungspunkt: 15. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Am 13. November 2025 einigte sich die Bundesregierung aus Union und SPD auf das
2 sogenannte Wehrdienstmodernisierungsgesetz (WDMoG). Angelehnt an das
3 Schwedische Modell soll zunächst auf die Förderung von Freiwilligkeit gesetzt
4 werden. Verpflichtend ist zunächst nur das Ausfüllen eines Fragebogens und die
5 Musterung aller jungen Männer, die 2008 oder später geboren wurden. In Berlin
6 würde das im kommenden Jahr 16.000 Jugendliche betreffen. Melden sich dennoch
7 nicht genug Personen freiwillig, sieht der Gesetzentwurf eine Bedarfswehrpflicht
8 vor, die vom Bundestag beschlossen werden kann. Das Verfahren dafür steht noch
9 nicht vollständig fest, aber auch Zufallsverfahren wie das Losverfahren werden
10 weiterhin debattiert.
- 11 Als GRÜNE JUGEND Berlin lehnen wir eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, der
12 verpflichtenden Musterung oder die Einführung anderweitiger Pflichtdienste
13 entschieden ab. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es nicht nur von
14 konservativen Kreisen, sondern auch von einzelnen Grünen gefordert wird, ist ein
15 gesellschaftspolitischer Rückschritt und ein Angriff auf Selbstbestimmung,
16 Freiheit und körperliche Unversehrtheit. Stattdessen setzen wir darauf,
17 bestehende Angebote des freiwilligen, gesellschaftlichen Engagements zu stärken,
18 bestehende Hürden abzubauen und Strukturen, die echte Beteiligung und
19 Zusammenhalt ermöglichen, zu stärken.
- 20 Schluss mit Politik über die Köpfe junger Menschen hinweg
- 21 In der öffentlichen Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht geht die
22 Perspektive junger Menschen oftmals unter. Gleichzeitig zeigen Umfragen seit
23 Jahren ein eindeutiges Bild: Diejenigen, die am Ende einen Pflichtdienst
24 ableisten müssten, lehnen ihn klar ab. Mehr als 60 % der unter 30-Jährigen
25 sprechen sich regelmäßig gegen eine Wehrpflicht aus und laut einer von
26 Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie würde eine Mehrheit der 16- bis 25-
27 Jährigen den Dienst an der Waffe sogar verweigern. Diese Zahlen verdeutlichen:
28 Junge Menschen wollen selbst bestimmen, wie und wo sie Verantwortung übernehmen.
29 Tausende Schüler*innen deutschlandweit organisieren Proteste und Schulstreiks
30 gegen ein Wehrpflicht. Wir stehen an ihrer Seite und solidarisieren uns mit
31 allen Schüler*innen die ihr Stimme nutzen um sich Gehör bei Politik und
32 Gesellschaft zu verschaffen: für politische Entscheidungen mit und für jungen
33 Menschen, für eine Perspektive und sichere Zukunft und gegen Maßnahmen, die
34 Unsicherheit verursachen und gleichzeitig keine echten Lösungen sind.
- 35 Dabei ist es gerade diese junge Generation, die in den vergangenen Jahren
36 bereits enorme Lasten getragen hat. Während der Corona-Pandemie hat sie sich
37 zurückgenommen, zentrale Erfahrungen ihrer Jugend verpasst und ältere sowie
38 vulnerable Gruppen geschützt. Die negativen Auswirkungen dieser Zeit in den
39 Bereichen Bildung und mentaler Gesundheit wurden politisch nie aufgefangen.
40 Heute ringt sie mit hohen Mieten, gestiegenen Preisen und Unsicherheit in
41 Ausbildung, Studium und Beruf und wird die dramatischsten Folgen der Klimakrise

42 erleben. Hinzu kommt der jahrzehntelange Investitionsstau in Bildung,
43 Infrastruktur und Daseinsvorsorge, dessen Konsequenzen junge Menschen bereits
44 heute ausbaden müssen und die das Vertrauen in Politik und staatliche
45 Institutionen seit Jahren schwächen.

46 Vor diesem Hintergrund einen militärischen oder gesellschaftlichen Pflichtdienst
47 einzufordern bedeutet, eine Generation in die Verantwortung für die
48 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu ziehen, der die Politik selbst über Jahre
49 hinweg elementare gesellschaftliche Verantwortung schuldig geblieben ist. Von
50 jungen Menschen zu verlangen, die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte
51 auszubügeln und die gesellschaftliche Verantwortung der Verteidigungsfähigkeit
52 zu schultern, während ihre eigenen Bedürfnisse, Chancen und Lebensrealitäten
53 politisch zu lange vernachlässigt wurden, geht gegen den Grundwert der
54 Generationengerechtigkeit, für den wir als Partei wie keine andere stehen.

55 Für uns steht fest: Junge Menschen sind nicht bloß eine Ressource, auf die der
56 Staat im Krisenfall zurückgreifen kann, sondern aktive Mitgestalter*innen
57 unserer demokratischen Gesellschaft. Sie brauchen Räume, in denen sie
58 selbstbestimmt handeln können und eine Politik, die ihnen zutraut, Verantwortung
59 freiwillig zu übernehmen. Was sie nicht brauchen, sind staatliche
60 Pflichtdienste, die ihre Freiheit einschränken und ihre Perspektiven ignorieren.

61 Für den Verteidigungsfall explizit junge Menschen verpflichten zu wollen ist
62 grundsätzlich falsch. Der Fokus sollte hier nicht auf den Jüngsten liegen,
63 während diese Generation gleichzeitig von den nicht-zukunftsgewandten
64 Entscheidungen der aktuellen Regierungen nicht berücksichtigt oder mitgenommen
65 wird.

66 Strukturelle Probleme in der Bundeswehr anerkennen und beheben

67 Die Bundeswehr ist keine neutrale Organisation, die lediglich unter
68 Personalmangel leidet, sondern eine hierarchische, autoritäre Gewaltinstitution,
69 deren innere Strukturen seit Jahrzehnten massive demokratische Defizite
70 aufweisen. Rechtsextreme Netzwerke, insbesondere in Eliteeinheiten wie dem KSK,
71 sind dabei kein „Betriebsunfall“, sondern Ausdruck eines Systems, das Gewalt,
72 Abschottung und Korpsgeist systematisch begünstigt. Wiederholte Skandale,
73 verschwundene Waffen und Munition sowie mangelhafte parlamentarische Kontrolle
74 zeigen: Das Problem ist strukturell, nicht individuell.

75 Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und autoritäre
76 Männlichkeitsbilder sind in der Bundeswehr weiterhin Realität. Für viele junge
77 Menschen, insbesondere für queere Personen, FLINTA*-Personen migrantische oder
78 andere marginalisierte Menschen, ist die Bundeswehr kein sicherer Ort, sondern
79 ein potenziell gefährliches Umfeld. In eine solche Institution Menschen gegen
80 ihren Willen zu schicken, ist nicht nur politisch unverantwortlich, sondern ein
81 massiver Eingriff in ihre körperliche und psychische Unversehrtheit.

82 Dass die Bundeswehr für viele junge Menschen kein attraktives Arbeitsumfeld
83 darstellt, zeigt sich auch in den hohen Abbruchquoten von rund 25 % in den
84 ersten Dienstmonaten. Diese Quote ist ein Symptom systemischer Probleme, nicht
85 fehlender „Verantwortungsbereitschaft“ einer Generation. Immer wieder sind
86 Soldat*innen, insbesondere junge Rekrut*innen in der Ausbildung, durch extrem
87 belastende, entwürdigende und lebensgefährliche Praktiken zu Schaden gekommen

88 oder gestorben. Niemand wird die Bundeswehr demokratischer, sicherer oder
89 attraktiver machen, indem junge Menschen hineingezwungen werden.

90 Wer Sicherheit ernst meint, muss rechte Strukturen konsequent zerschlagen,
91 demokratische Kontrolle stärken und Gewaltmonopole kritisch hinterfragen,
92 anstatt sie mit Zwang zu legitimieren

93 Militarisierung ist Klassenpolitik von oben nach unten

94 Die Debatte um die Wehrpflicht steht dabei nicht isoliert, sondern ist Teil
95 einer allgemeinen Militarisierung der Gesellschaft, der wir als GRÜNE JUGEND
96 Berlin kritisch gegenüber stehen. Während der Sozialstaat kaputtgespart wird und
97 Arbeitnehmerrechte immer stärker angegriffen werden, fließen Milliarden in
98 Aufrüstung und militärische Symbolpolitik.

99 Diese Militarisierung vollzieht sich auch in Zeiten eines
100 gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks und ist eng mit ihm verknüpft. Autoritäre
101 Sicherheitsnarrative, nationale Abschottung und die Normalisierung von Zwang und
102 Gewalt greifen ineinander. Während rechte Akteur*innen Grundrechte angreifen und
103 Ausgrenzung verschärfen, passt sich die politische Mitte an, anstatt klaren
104 Widerstand zu leisten.

105 Besonders gefährlich wird die Entwicklung im Hinblick auf die mögliche
106 faschistische Machtergreifung: Aufrüstung, Wehrpflicht und militärische
107 Hierarchien schaffen die personelle und institutionelle Basis für einen
108 repressiven, autoritären Staat. Eine bewaffnete, hierarchische
109 Gesellschaftsinfrastruktur kann gegen linke, emanzipatorische und
110 marginalisierte Gruppen eingesetzt werden, während soziale Ursachen von
111 Unsicherheit weiter unbehandelt bleiben.

112 Junge Menschen sind keine Lückenfüller: soziale Infrastruktur stärken

113 Der Fachkräftemangel im sozialen Sektor ist seit Jahren ein zunehmendes Problem
114 und wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Besonders in der
115 Pflege, in Kitas, in der Jugendhilfe und in Einrichtungen für Menschen mit
116 Behinderungen fehlen qualifizierte Fachkräfte. Diese Versorgungslücken entstehen
117 jedoch nicht, weil es zu wenige junge Menschen gibt, die grundsätzlich bereit
118 wären, im sozialen Bereich zu arbeiten, sondern weil der Staat seit Jahren darin
119 versagt, verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen für Beschäftigte im
120 sozialen Bereich zu schaffen.

121 Ein Pflichtdienst adressiert weder die Ursachen des Fachkräftemangels noch die
122 strukturellen Schwächen des sozialen Sektors. Der damit verbundene Mehraufwand
123 für Supervision, Wissensvermittlung und organisatorische Betreuung würde
124 bestehende Engpässe eher verschärfen, als sie zu beheben. Statt tiefgreifenden
125 Lösungsansätzen durch zum Beispiel Investitionen in Bildung und Ausbildung
126 werden hier Scheinlösungen mit jungen Menschen als Leidtragenden vorgeschlagen.
127 Auch große Wohlfahrtsverbände und Träger von Freiwilligendiensten wie der
128 Paritätische Gesamtverband oder die Diakonie haben sich zuletzt entschlossen
129 gegen eine Dienstpflicht geäußert und weisen auf die mit einer Dienstpflicht
130 einhergehenden Grundrechtsverletzungen sowie den immensen organisatorischen
131 Aufwand und die Kosten hin. Außerdem kritisieren sie, dass soziale Berufe durch
132 so einen Eingriff abgewertet werden.

133 Freiwilligendienste strukturell stärken

134 Bereits heute engagieren sich bis zu 100.000 Menschen jedes Jahr im Rahmen von
135 Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem
136 Bundesfreiwilligendienst (BFD) oder dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ).
137 Zumeist sind es junge Menschen, die sich nach ihrer Schulzeit für ein Jahr des
138 gesellschaftlichen Engagements entscheiden und Tag für Tag Verantwortung
139 übernehmen. Sie unterstützen Pflegekräfte in Altenheimen, begleiten Kinder und
140 Jugendliche in Schulen und Kitas, helfen Menschen mit Behinderung im Alltag oder
141 setzen sich für den Klima- und Naturschutz ein.

142 Mit ihrem Einsatz stärken sie nicht nur soziale Einrichtungen und gemeinnützige
143 Organisationen, sondern sammeln auch selbst wertvolle und nachhaltig-prägende
144 Erfahrungen. Viele entdecken durch ihren Freiwilligendienst neue berufliche
145 Perspektiven, lernen ihre eigenen Fähigkeiten besser kennen und entwickeln ein
146 starkes Bewusstsein für gesellschaftliche Zusammenhänge. Nicht selten entstehen
147 aus diesem Engagement langfristige berufliche oder ehrenamtliche Bindungen, die
148 weit über das eigentliche Dienstjahr hinausreichen.

149 Freiwilligendienste zeigen: junge Menschen sind bereit, sich einzubringen,
150 gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Politik
151 muss diese Bereitschaft stärken, statt auf Zwang und Bevormundung zu setzen.
152 Statt Debatten über ein Pflichtjahr braucht es verlässliche finanzielle und
153 strukturelle Rahmenbedingungen, bessere Anerkennung von Leistungen und niedrige
154 Zugangshürden für alle Menschen, die sich bereits heute freiwillig engagieren
155 wollen.

156 Freiwilligendienste stehen seit Jahren unter Druck. Einsatzstellen kämpfen um
157 eine ausreichende Finanzierung. Im Bundeshaushalt 2025 sind Kürzungen bei
158 Freiwilligendiensten von rund 40 Millionen € vorgesehen, was etwa 20% weniger im
159 Vergleich zum Vorjahr sind. Und für die Freiwilligen reicht das Taschengeld bei
160 langem nicht aus um sich das Leben zu finanzieren - schon gar nicht in einer
161 Stadt wie Berlin!

162 Und trotzdem werden nach aktuellen Haushaltsplänen des Bundes etwa ein Drittel
163 der aktuellen Mittel für Freiwilligendienste gestrichen. Junge Menschen leiden
164 schon jetzt unter kaputtgesparten Strukturen im Bereich des Freiwilligendienstes
165 und auch in der Bundeswehr.

166 Darüber hinaus braucht es eine langfristige Absicherung der Trägerstrukturen,
167 die Freiwilligendienste organisieren und begleiten. Eine verlässliche
168 Finanzierung, hochwertige pädagogische Begleitung und klare Qualitätsstandards.

169 Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Berlin:

- 170 • Einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst
 - 171 ◦ Jede Person, die sich gesellschaftlich engagieren möchte, soll ein
 - 172 gesetzlich verankertes Recht auf einen Freiwilligendienst haben und
 - 173 dies unabhängig vom Alter, Gender oder finanziellen Hintergrund.
- 174 • Finanzielle Absicherung von Freiwilligendiensten
 - 175 ◦ Wir fordern eine Anhebung des Taschengeldes für Freiwillige, die
 - 176 sich am BAföG-Höchstsatz orientiert und aus dem Bundeshaushalt

177 finanziert wird. So kann Chancengleichheit erhöht werden und
178 sozialer Ungleichheit entgegengewirkt werden.

- 179 • Kostenloser Zugang zum ÖPNV für alle Freiwilligen
 - 180 ◦ Wir fordern eine kostenfreie Bereitstellung des Deutschlandtickets
 - 181 für Freiwillige, um die finanzielle Belastung zu reduzieren. Des
 - 182 Weiteren müssen Freiwillige Anspruch auf die gleichen
 - 183 Vergünstigungen wie Senior*innen oder Studierende erhalten.
- 184 • Sichtbarkeit von Freiwilligendiensten erhöhen
 - 185 ◦ Wir fordern eine bundesweite Informationskampagne, mit einem
 - 186 Motivationsschreiben des/der Bundespräsidenten*in an alle
 - 187 Schulabgänger*innen. Damit soll Menschen geholfen werden, einen
 - 188 Überblick über die Vielfalt und die Möglichkeiten bestehender
 - 189 Programme zu erhalten.

190 Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Gesamtlage, der strukturellen
191 Defizite in der Bundeswehr und der bestehenden Engpässe im sozialen Bereich ist
192 klar: Pflichtdienste oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind weder
193 gerecht noch wirksam. Junge Menschen sollen nicht Zwangsdienste leisten, um
194 politische Versäumnisse auszugleichen, sondern Räume erhalten, in denen sie
195 freiwillig Verantwortung übernehmen können. Die GRÜNE JUGEND Berlin steht
196 deshalb für eine konsequente Stärkung freiwilliger Dienste, die Engagement,
197 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und wertschätzen.

Begründung

Quellen:

<https://presseportal.greenpeace.de/255453-greenpeace-umfrage-mehrheit-der-jugendlichen-sieht-grundrechte-durch-wehrpflicht-bedroht/>

<https://www.morgenpost.de/politik/article241831850/Nie-mehr-Wehrpflicht-Drei-Gruende-warum-sie-ein-Fehler-waere.html>

<https://www.deutschlandfunk.de/wehrpflicht-bundeswehr-wehrdienst-modernisierungsgesetz-kriegsdienstverweigerung-100.html>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/wehrdienst-gesetz-musterung-jahrgaenge-verdienst-verweigern-fragen-antworten-li.3335253>

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-09/personalmangel-bundeswehr-schrumpfen-abbrecher-boris-pistorius>

<https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/bundeswehr-rechtsextremismus-134.html>

<https://taz.de/97-Rechtsextreme-aus-der-Armee-entlassen!/6106422/>

https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Paritaetische_Position_zur_moeglichen_Wiedereinfuehrung_der_Wehrpflicht_und_des_Zivildienstes.pdf

<https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2022/juni/pflicht-oder-freiwilligkeit-argumente-zur-dienstplichtdebatte>

<https://www.diakonie.de/informieren/bundeshaushalt-2026>

<https://www.bundes-freiwilligendienst.de/news/haushaltskuerzungen-2025-wie-die-reduzierung-der-mittel-fuer-freiwilligendienste-die-stellenangebote-beeinflusst/>